

Protokoll 6. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Juni 2026, 17.00 Uhr bis 20.12 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Ivo Bieri (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Sofia Karakostas (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Ariane Buchli (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Rahel Habegger (SP),
Liv Mahrer (SP), Sascha Rüegg (SVP), Roger Suter (FDP), Xenia Voellmy (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2026/255 * | Weisung vom 03.06.2026:
Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme
Geschäftsbericht 2025 | FV |
| 3. | 2026/256 * | Weisung vom 03.06.2026:
Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche
Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2025 | FV |
| 4. | 2026/257 * | Weisung vom 03.06.2026:
Liegenschaften Stadt Zürich, Wohnsiedlung Herbstweg,
Nachverdichtung mit Ersatzneubau, Projektierung, neue
einmalige Ausgaben | FV |
| 5. | 2026/258 * | Weisung vom 03.06.2026:
Sozialdepartement, Verein insieme Zürich Stadt und Bezirk
Meilen, insieme Kulturlokal, Beiträge 2027–2030 | VS |
| 6. | 2026/246 *
E | Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und
Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von
Adliswil, Verhinderung eines zusätzlichen Drucks auf die Fauna
und Flora des Entlisbergwalds | VTE |
| 7. | 2026/247 *
E | Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und
Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von
Adliswil, verkehrstechnische Erschliessung auf ökologische und
sozial nachhaltige Weise | FV |

8.	2026/248	* E	Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026: Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, ausschliessliche Erstellung von gemeinnützigen Wohnungen auf sämtlichen zur Wohnnutzung vorgesehenen Flächen	FV
9.	2026/264	* E	Postulat von Valentina Fazlija (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Christine Huber (GLP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2026: Realisierung einer direkten Buslinie vom Albisranch über die Rautstrasse bis Dunkelhölzli	VIB
10.	2025/217	! A	Motion von Marita Verbali (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 04.06.2025: Einführung eines Betreuungsgutscheinsystems für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (Kitas)	VS
11.	2025/341	E/A	Postulat von Sanija Ameti (Parteilos), Severin Meier (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 20.08.2025: Kostenübernahme für zahnärztliche Behandlungen von Asylsuchenden	VS
12.	2025/355	A/P	Motion der AL-Fraktion vom 27.08.2025: Reduzierung der finanziellen Belastung der Stadtzürcher Bevölkerung aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien	VS
13.	2025/425	A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025: Verzicht auf die Eröffnung einer Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt	VS
14.	2025/427		Interpellation von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025: Situation rund um die Bäckeranlage und den Hauptbahnhof bei der Sihlpost, Gründe für den Verzicht auf ständige Personenkontrollen und Wegweisungen der Freebase- und Crack-Konsumierenden, Erfassung der Herkunftsgemeinden und Hintergründe zur Schulung der Schulkinder durch das Sozialdepartement sowie Zeitplan für die Auflösung der Szene	VS
15.	2025/458	A/P	Motion der Die Mitte/EVP-, AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 01.10.2025: Ausbau der Angebote im Bereich der Offenen Jugendarbeit für Jugendliche der Mittelstufe	VS
16.	2025/460	E/A	Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025: Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen	VS

- | | | | | |
|-----|----------|-----|--|----|
| 17. | 2025/462 | E/A | Postulat von Anna-Béatrice Schmalz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:
Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruations-hygieneartikel | VS |
| 18. | 2025/487 | A | Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 22.10.2025:
Staatlich unterstützte Kitas, Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Altersklassen bis 3 Jahren | VS |
| 19. | 2025/488 | A | Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 22.10.2025:
Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB; AS 410.130), Verknüpfung der Anspruchsberechtigung für eine Unterstützung mit einer gültigen Aufenthaltsbewilligung | VS |
| 20. | 2025/531 | A/P | Motion von Selina Walgis (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 12.11.2025:
Gezielte Unterstützung von Personen, die an Long Covid erkrankt sind und keine oder noch keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV) erhalten | VS |

* Keine materielle Behandlung

! Behandlung in reduzierter Debatte

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

226. 2026/298

Erklärung der SVP-Fraktion vom 17.06.2026: Verwaltungsgericht bestätigt das Eingreifen des Kantons im Streit um das Verkehrsregime am Neumühlequai

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Verwaltungsgericht stoppt die linksgrüne Verkehrsideologie

Der Zürcher Stadtrat ist vor Gericht krachend gescheitert. Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde der Stadt Zürich gegen das Einschreiten des Kantons vollumfänglich abgewiesen und bestätigt, was für die Bevölkerung, das Gewerbe und die Blaulichtorganisationen längst offensichtlich war: Das Verkehrsexperiment am Neumühlequai, an der Walchestrasse und beim Milchbucktunnel war verantwortungslos, rechtswidrig und gefährlich.

Die linksgrüne Stadtregierung glaubte einmal mehr, sie könne ihre ideologischen Wunschvorstellungen über geltendes Recht, Zuständigkeiten und die Interessen der Bevölkerung stellen. Ohne genügend Abklärungen wurden Fahrspuren aufgehoben, der Verkehrsfluss künstlich behindert und massive Rückstaus bis in die Tunnel hinein in Kauf genommen. Rettungsfahrzeuge wurden behindert, der öffentliche Verkehr ausgebremst und tausende Pendler unnötig schikaniert

Besonders deutlich ist die Ohrfeige des Gerichts, weil es festhält, dass das Einschreiten des Kantons nicht nur gerechtfertigt, sondern «geböten» gewesen sei. Anders gesagt: Der Regierungsrat musste eingreifen, weil der Stadtrat seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat.

Leider ist dieses Verhalten kein Ausrutscher, sondern längst zum Markenzeichen der linksgrünen Verkehrspolitik geworden. Auf der Rosengartenstrasse, der Bellerivestrasse, auf zahlreichen Hauptverkehrsachsen und bei unzähligen Verkehrsprojekten verfolgt der Stadtrat immer dieselbe Strategie: künstliche Verknappung, Behinderung und Verdrängung. Nicht weil dies die Verkehrsprobleme löst, sondern weil man Autofahrer, Gewerbetreibende und Pendler umerziehen will.

Der Stadtrat führt seit Jahren einen ideologischen Feldzug gegen den motorisierten Verkehr. Dabei nimmt er Staus, Ausweichverkehr in Wohnquartieren, längere Fahrzeiten für Handwerker, Lieferdienste und Gewerbe sowie die Belastung der Bevölkerung bewusst in Kauf. Wer nicht ins linksgrüne Weltbild passt, soll aus dem Strassenraum verdrängt werden.

Das heutige Urteil ist deshalb weit mehr als eine juristische Niederlage. Es ist eine schallende Ohrfeige für einen Stadtrat, der zunehmend glaubt, sich über Recht, Zuständigkeiten und die Bedürfnisse der Bevölkerung hinwegsetzen zu können.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine ideologischen Verkehrsexperimente endlich zu beenden. Zürich braucht eine Verkehrspolitik für die Menschen und nicht gegen sie.

Der Stadtrat soll künftig geltendes Recht akzeptieren und umsetzen, statt mit seiner Ideologie regelmässig Gerichte zu beschäftigen und die Zürcher Steuerzahler mit unnötigen Kosten zu belasten.

G e s c h ä f t e

- 227. 2026/255**
Weisung vom 03.06.2026:
Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme
Geschäftsbericht 2025

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 15. Juni 2026

- 228. 2026/256**
Weisung vom 03.06.2026:
Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien,
Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2025

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 15. Juni 2026

- 229. 2026/257**
Weisung vom 03.06.2026:
Liegenschaften Stadt Zürich, Wohnsiedlung Herbstweg, Nachverdichtung mit
Ersatzneubau, Projektierung, neue einmalige Ausgaben

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 15. Juni 2026

- 230. 2026/258**
Weisung vom 03.06.2026:
Sozialdepartement, Verein insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen, insieme Kulturlokal, Beiträge 2027–2030

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 15. Juni 2026

- 231. 2026/246**
Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, Verhinderung eines zusätzlichen Drucks auf die Fauna und Flora des Entlisbergwalds

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alex Guggenheim (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

- 232. 2026/247**
Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, verkehrstechnische Erschliessung auf ökologische und sozial nachhaltige Weise

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Weyermann (Die Mitte) stellt namens der Die Mitte-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

- 233. 2026/248**
Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, ausschliessliche Erstellung von gemeinnützigen Wohnungen auf sämtlichen zur Wohnnutzung vorgesehenen Flächen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alex Guggenheim (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**234. 2026/264
Postulat von Valentina Fazlija (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Christine Huber (GLP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2026:
Realisierung einer direkten Buslinie vom Albisrank über die Rautistrasse bis Dunkelhölzli**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**235. 2025/217
Motion von Marita Verbali (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 04.06.2025:
Einführung eines Betreuungsgutscheinsystems für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (Kitas)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Marita Verbali (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4672/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 41 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Florine Angele (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Marita Verbali (FDP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) beantragt Rückkommen auf die Schlussabstimmung und Abstimmung über das Postulat.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stillschweigend zu.

Moritz Bögli (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/299 (statt Motion GR Nr. 2025/217, Umwandlung) wird mit 57 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

236. 2025/341
Postulat von Sanija Ameti (Parteilos), Severin Meier (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 20.08.2025:
Kostenübernahme für zahnärztliche Behandlungen von Asylsuchenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4930/2025).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. September 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Moritz Bögli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Kostenübernahme für zahnärztliche Behandlungen von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen mit Ausweis F sowie schutzbedürftigen Personen mit Ausweis S, und/oder die Einrichtung einer städtischen Stelle zu prüfen, damit sich Asylsuchende, die in von der Stadt Zürich betriebenen Unterkünften untergebracht sind, zahnärztlich angemessen behandeln lassen können.

Julia Hofstetter (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 58 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

237. 2025/355
Motion der AL-Fraktion vom 27.08.2025:
Reduzierung der finanziellen Belastung der Stadtzürcher Bevölkerung aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4982/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Moritz Bögli (AL) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Marita Verbali (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/300 (statt Motion GR Nr. 2025/355, Umwandlung) wird mit 59 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

238. 2025/425

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:
Verzicht auf die Eröffnung einer Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5123/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 15 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

239. 2025/427

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:
Situation rund um die Bäckieranlage und den Hauptbahnhof bei der Sihlpost, Gründe für den Verzicht auf ständige Personenkontrollen und Wegweisungen der Freebase- und Crack-Konsumierenden, Erfassung der Herkunftsgemeinden und Hintergründe zur Schulung der Schulkinder durch das Sozialdepartement sowie Zeitplan für die Auflösung der Szene**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 331 vom 4. Februar 2026).

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

240. 2025/458

**Motion der Die Mitte/EVP-, AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 01.10.2025:
Ausbau der Angebote im Bereich der Offenen Jugendarbeit für Jugendliche der Mittelstufe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Stepinski (Die Mitte) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5215/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Rahel Hofstetter (GLP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 75 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

241. 2025/460
Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025:
Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5217/2025).

Rahel Hofstetter (GLP) begründet den von Ronny Siev (GLP) namens der GLP-Fraktion am 29. Oktober 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 64 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

242. 2025/462
Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:
Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5219/2025).

Jane Bailey (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Oktober 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

243. 2025/487
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 22.10.2025:
Staatlich unterstützte Kitas, Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Altersklassen bis 3 Jahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5284/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 13 gegen 100 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

- 244. 2025/488**
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 22.10.2025:
Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB; AS 410.130), Verknüpfung der Anspruchsberechtigung für eine Unterstützung mit einer gültigen Aufenthaltsbewilligung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5285/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 14 gegen 97 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

- 245. 2025/531**
Motion von Selina Walgis (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 12.11.2025:
Gezielte Unterstützung von Personen, die an Long Covid erkrankt sind und keine oder noch keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV) erhalten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5393/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

Selina Walgis (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 60 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

246. 2026/301
Motion der AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 17.06.2026:
Areal des Kinderspitals Hottingen, teilweiser oder vollständiger Erwerb des Areals sowie Umsetzung einer Strategie für die Weiternutzung der bestehenden Gebäude

Von der AL-, Grüne- und SP-Fraktion ist am 17. Juni 2026 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit welcher der teilweise oder vollständige Erwerb des Areals Kinderspital Hottingen getätigt werden kann und mit welcher eine Strategie für die Weiternutzung der bestehenden Gebäude durch die Stadt Zürich ausgearbeitet und anschliessend umgesetzt wird.

Begründung:

Mit dem Umzug ins neue Spital in der Lengg, steht das alte Kinderspital Hottingen seit November 2024 leer und ist inzwischen weitgehend schadstoffsaniert worden. Eigentümerin der in den letzten 150 Jahren entstandenen und laufend entwickelten Spitalbauten ist der Kanton. 2018 entschied der Regierungsrat, auf dem Areal das neue Zentrum für Zahnmedizin (ZZM) zu realisieren, welches den Abbruch des 1968 vom Architekten Rudolf und Peter Steiger erstellten Bettenhaus, Operations- und Wirtschaftstrakt mit einer nutzbaren Geschossfläche von 17'500 m² erfordert. Inzwischen ist der damals ermittelte Flächenbedarf für das ZZM nicht mehr ausgewiesen und der Neubau wurde vom Regierungsrat aus finanziellen Gründen auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Der Abbruch der robusten und in der Zwischenzeit in den Rohzustand zurückversetzten Steigerbauten, welcher durch Vernichtung von grauer Energie geschätzte 6'000 Tonnen CO₂ aus dem Bericht: <https://zas.life/kispi/data/Vertiefungsarbeit-Ahlm-Reifler.pdf> verursacht würde, ist nicht mehr zeitgemäss. Im Zeitalter des zirkulären Bauens ist vielmehr eine Reaktivierung der bestehenden Bauten für eine adaptive Weiternutzung angesagt.

Das Kispi-Areal bietet die einzigartige Gelegenheit, im Kernbereich der Stadt gestalterisch aktiv zu werden und durch Verdichtung und Aufstockung dringend benötigten Wohn- und Lebensraum zu schaffen. Das Areal hat insofern das Potential für ein modellhaftes Quartier, das bei kluger Planung und Durchmischung der Generationen zahlreiche Bedürfnisse der Stadtbevölkerung befriedigen kann. In einem ersten Schritt können die älteren, zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Gebäude im nordöstlichen Teil des Areals, welche nicht im Planungssperimeter des ZZM liegen, unverzüglich von der Stadt erworben werden und als preisgünstige Wohnungen und Räume für das lokale Kleingewerbe bereitgestellt werden. Im Hinblick auf den Erwerb der Gesamtheit des Areals, inkl. Steigerbauten, soll eine Evaluierung der Bedürfnisse und Planung der baulichen Reaktivierung der bestehenden Gebäude in Angriff genommen werden. Dabei sind neben Familien- und Alterswohnungen insbesondere Nutzungen für das studentische Wohnen und Wohnmöglichkeiten für das Personal der nahe liegenden Spitäler zu prüfen.

Mitteilung an den Stadtrat

247. 2026/302
Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Jonas Keller (SP) und Ariane Buchli (FDP) vom 17.06.2026:
Bushaltestelle «Glaubenstrasse Süd», Ergänzung mit einer Haltekante in Fahrtrichtung ETH Höggerberg

Von Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Jonas Keller (SP) und Ariane Buchli (FDP) ist am 17. Juni 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die bestehende Bushaltestelle «Glaubenstrasse Süd» um eine Haltekante in Fahrtrichtung ETH Höggerberg ergänzt werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft

werden, ob die Erstellung der Haltestelle im Rahmen der aktuell laufenden Bauarbeiten an der Glaubtenstrasse erfolgen kann. Die Haltestelle ist hindernisfrei und entsprechend den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit auszugestalten.

Begründung:

Das Gebiet entlang der Glaubtenstrasse entwickelt sich seit Jahren dynamisch und weist ein anhaltendes Bevölkerungswachstum auf. Eine leistungsfähige und gut zugängliche Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gewinnt deshalb zunehmend an Bedeutung.

Heute besteht bereits eine Haltestelle «Glaubtenstrasse Süd», jedoch ausschliesslich in Fahrtrichtung Oerlikon. In Fahrtrichtung ETH Hönggerberg fehlt eine entsprechende Haltemöglichkeit. Dies führt für zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner zu längeren Fusswegen und einer weniger attraktiven ÖV-Erschliessung.

An der Glaubtenstrasse finden derzeit Bauarbeiten statt, welche die Voraussetzungen für den künftigen elektrischen Betrieb der Buslinie 80 schaffen. Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmässig zu prüfen, ob die Ergänzung der Haltestelle mit den laufenden Bauarbeiten koordiniert werden kann. Dadurch könnten Synergien genutzt, Kosten gesenkt und zusätzliche Belastungen für Anwohnende sowie Verkehrsteilnehmende vermieden werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**248. 2026/303
Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Serap Kahrman (GLP) vom
17.06.2026:
Konzentrierung der Friedensrichterämter an einem zentralen Standort**

Von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Serap Kahrman (GLP) ist am 17. Juni 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Friedensrichterämter der Stadt Zürich an einem zentralen Standort konzentriert werden können, und wie gross die dadurch möglichen jährlichen Einsparungen wären, insbesondere durch die Zusammenlegung von Sekretariaten, die Reduktion von Infrastrukturkosten und die effizientere Nutzung von Büroflächen.

Begründung:

Die heutigen Friedensrichterämter sind auf verschiedene Standorte in der Stadt verteilt. Eine Konzentration an einem Standort würde es ermöglichen, die Sekretariate zusammenzulegen und dadurch Personalressourcen effizienter einzusetzen. Auch bei der Infrastruktur und den Büroflächen könnten Kosten eingespart werden.

Darüber hinaus würde die Zentralisierung die qualitative Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch zwischen Friedensrichterinnen und Friedensrichtern erleichtern. Ebenso könnten Stellvertretungen sowie die ausgewogene Verteilung der Geschäftslast besser gewährleistet werden.

Der Bezug zu den Quartieren soll jedoch bestehen bleiben: Friedensrichterinnen und Friedensrichter sollen weiterhin in den jeweiligen Stadtkreisen gewählt werden. Streitigkeiten, die einen direkten Bezug zum Quartier haben, sollen auch künftig von den gewählten Friedensrichterinnen und Friedensrichtern aus dem entsprechenden Stadtkreis behandelt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**249. 2026/304
Postulat von Alex Guggenheim (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 17.06.2026:
Öffentliche Hochbauprojekte, substanzielle Kosteneinsparungen durch
Standardisierung, modulare Bauweisen sowie optimierte Beschaffungs- und
Planungsprozesse**

Von Alex Guggenheim (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) ist am 17. Juni 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird dazu aufgefordert zu prüfen, wie bei öffentlichen Hochbauprojekten der Stadt Zürich durch den verstärkten Einsatz von Standardisierung, modularen Bauweisen sowie optimierten Beschaffungs- und Planungsprozessen substanzielle Kosteneinsparungen erzielt werden können. Insbesondere soll geprüft werden, welche Massnahmen geeignet sind, die Baukosten nachhaltig zu senken, ohne dabei die Qualität, Funktionalität oder Nachhaltigkeit der Bauten zu beeinträchtigen. Als Vorbild können die Züri-Modular-Pavillons genommen werden.

Dabei soll insbesondere untersucht werden:

- der verstärkte Einsatz von vorgefertigten Modulen und industrieller Vorfertigung,
- die Standardisierung von wiederkehrenden Raumtypen wie Schul- und Spitalzimmern sowie Institutionen zur sportlichen Nutzung ((Mehrfach-)Turnhallen, Hallenbäder, Garderobenanlagen o.ä),
- die Entwicklung standardisierter Gebäudetypen anstelle individueller Einzelplanungen,
- die verbindliche Definition von Kostenzielen bereits in frühen Planungsphasen,
- sowie die Optimierung von Beschaffungs- und Vergabeprozessen zur Erhöhung der Kosteneffizienz.

Begründung:

Die Baukosten öffentlicher Bauprojekte in der Stadt Zürich steigen seit Jahren kontinuierlich an. Gleichzeitig wird die Kostenentwicklung oftmals als kaum beeinflussbar dargestellt. Internationale Beispiele zeigen jedoch, dass durch innovative Bauprozesse, standardisierte Planung sowie industrielle Vorfertigung erhebliche Einsparungen erzielt werden können. Berichte aus Ländern wie Neuseeland, Deutschland oder dem Vereinigten Königreich weisen auf mögliche Kostensenkungen von bis zu 30 Prozent hin.

Insbesondere bei öffentlichen Gebäuden mit wiederkehrenden Nutzungen – etwa Schulhäusern, Verwaltungsgebäuden oder Gesundheitseinrichtungen – bestehen Potenziale für standardisierte Lösungen, ohne dass dadurch architektonische Qualität oder städtebauliche Anforderungen grundsätzlich beeinträchtigt würden. Auch moderne modulare Bauweisen haben sich international weiterentwickelt und ermöglichen qualitativ hochwertige sowie effiziente Bauprozesse.

Zusätzlich können klare Kostenvorgaben bereits in der Planungsphase sowie effizientere Beschaffungsprozesse dazu beitragen, Kostenüberschreitungen zu vermeiden und öffentliche Mittel gezielter einzusetzen.

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage der öffentlichen Hand und des hohen Investitionsbedarfs im Hochbaubereich erscheint eine vertiefte Prüfung entsprechender Ansätze angezeigt.

Mitteilung an den Stadtrat

**250. 2026/305
Postulat von Attila Kipfer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 17.06.2026:
Rettung des «Imbiss Riviera» am Bellevue**

Von Attila Kipfer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 17. Juni 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Imbiss Riviera am Bellevue gerettet werden kann.

Begründung:

Mit der Antwort auf die Schriftliche Anfrage 2024/592 von Flurin Capaul und Ivo Bieri (SP) hat der Stadtrat zu der rechtlichen Situation Stellung genommen. Aufgrund des Postulats 2017/381 sowie einer Petition im September 2015 hat das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich (AWEL) auf Antrag der Stadt Zürich im Jahre 2016 eine befristete Bewilligung für das Landanlagenkonzessionsland verfügt, bis Dezember 2025. Auf Grund von baurechtlichen Richtlinien wie z. B. die der öffentlichen Zweckbestimmung innerhalb des Gewässerabstands sowie in der Freihaltezone, wäre zudem eine Ausnahmegewilligung des AWEL notwendig. Die Bauten müssen zudem standortgebunden und im öffentlichen Interesse sein. Die Baute sei nicht mehr bewilligungsfähig (zu enger Arbeitsplatz, zu kalt im Winter, keine Personalgarderobe, kein Entsorgungsraum). Die Baute müsste entsprechend vergrössert werden von 15 m² auf 70 m² und wäre deshalb nicht mehr bewilligungsfähig, da sie auch nicht mehr zonenkonform wäre.

Die Betreiber (in der zweiten Generation) bewirtschaften den Imbiss Riviera nun bereits seit über 40 Jahren. Er hat sich mittlerweile zu einem bekannten Hotspot für Würste, unter anderem Bratwürste, Servelas, sizilianische Salsiccas sowie seinem Glacé und seinen Marroni im Herbst/Winter entwickelt. Der Gründer hat sich selbstständig gemacht, um der IV zu entgehen. Solche Kleinunternehmer sind vorbildlich für Zürich. Wir benötigen mehr von ihnen. Die Schliessung eines Traditionsbetriebs aufgrund baurechtlicher Tatsachen ist nach über 40 Jahren nicht adäquat und sendet ein falsches Zeichen an all jene Leute, die sich in Zürich mit

eigenen Mitteln und aus eigener Kraft selbstständig machen möchten. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft, bei der die Exekutive Massnahmen und Gesetze im Auftrag der Legislative entwickeln kann, um inländische Unternehmen und das Gewerbe zu schützen. Dem Imbiss Riviera wurde bereits auf Ende September 2026 gekündigt. Zwar gibt es bereits die Motion 2025/279 von Flurin Capaul (FDP) und Ivo Bieri zwecks einer Teilrevision des regionalen Richtplans betreffend des Imbiss Riviera, jedoch ist nicht klar, ob diese rechtzeitig umgesetzt werden und in Kraft treten kann. Der Gemeinderat hat dieser Motion am 01.10.2025 zugestimmt. Der Stadtrat hat nun bis am 01.10.2027 Zeit, diese Motion zu bearbeiten. Ohne sofortige und entsprechende Gegenmassnahmen bleibt dem Betreiber des Imbisses Riviera nichts anderes mehr übrig, als seinen Traditionsbetrieb zu schliessen. Dies soll entsprechend zeitnah angegangen und verhindert werden! Denn es geht hier um Existenzen und um ein Geschäft mit traditionellem, lokalem Charme.

Mitteilung an den Stadtrat

251. 2026/306
Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 17.06.2026:
Schulanlagen der Stadt, schattige Aussenschulzimmer mit ausreichenden Arbeitsplätzen

Von Selina Walgis (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) ist am 17. Juni 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf den Schulanlagen der Stadt Zürich schattige Aussenschulzimmer mit ausreichenden Arbeitsplätzen geschaffen werden können.

Begründung:

Die Sommer in Zürich werden aufgrund des Klimawandels zunehmend heisser. Hitzetage und längere Hitzeperioden stellen insbesondere für Kinder und Jugendliche eine wachsende Belastung dar. Gleichzeitig bieten Unterrichtseinheiten im Freien pädagogische Vorteile und fördern Bewegung, Konzentration sowie den Bezug zur Umwelt.

An heissen Tagen werden in Schulzimmern der Stadt Zürich teilweise Temperaturen von über 30 Grad Celsius erreicht. Solche Temperaturen beeinträchtigen das Wohlbefinden sowie die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen. Zusätzliche Möglichkeiten für Unterricht im Freien können deshalb einen wichtigen Beitrag zu einem angenehmeren Lernumfeld leisten.

Damit Aussenschulzimmer während eines möglichst grossen Teils des Jahres genutzt werden können, sind ausreichende Beschattung und geeignete Arbeitsplätze zentrale Voraussetzungen. Dabei kommt Bäumen eine besondere Bedeutung zu. Sie spenden nicht nur Schatten, sondern tragen durch Verdunstung auch zur Kühlung ihres Umfelds bei und verbessern die Aufenthaltsqualität auf den Schulanlagen. Ebenso braucht es genügend Arbeitsplätze, damit ganze Schulklassen im Freien lernen und arbeiten können.

Schattige Aussenschulzimmer leisten einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel, erhöhen die Aufenthaltsqualität auf den Schulanlagen und ermöglichen auch an heissen Tagen einen angenehmen und gesundheitsverträglichen Unterricht im Freien. Der Stadtrat soll deshalb prüfen, wie solche Einrichtungen systematisch auf städtischen Schulanlagen geschaffen oder ausgebaut werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

252. 2026/307
Interpellation der GLP-Fraktion vom 17.06.2026:
Städtisches Elektromobilitätskonzept, Umsetzungsstand bei den Massnahmen Fahrzeugpolitik, E-Car-Sharing, E-Taxi, Ladeinfrastrukturen, Kooperation und Innovation, Lobbying bei Kanton und Bund sowie E-Mobilität für das Gewerbe

Von der GLP-Fraktion ist am 17. Juni 2026 folgende Interpellation eingereicht worden:

Am 18. Juni 2025 publizierte der Stadtrat sein längst überfälliges Elektromobilitätskonzept. Aufgrund der Dringlichkeit ist ein Jahr später der weitere Fortschritt zu erfragen. Dies insbesondere bei den kurzfristigen Massnahmen (innerhalb der nächsten zwei Jahre) und den Daueraufgaben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht der aktuelle Umsetzungsstand bei den Massnahmen 1 und 2 (Anpassung der städtischen Fahrzeugpolitik) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert?
2. Wie sieht der aktuelle Stand bei der Massnahme 6 (Initiative E-Car-Sharing) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert?
3. Wie sieht der aktuelle Stand bei der Massnahme 7 (Initiative E-Taxi) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert? Warum werden immer noch neue Taxiabstellplätze ohne Ladestation gebaut? Welche Taxiabstellplätze wurden seit Juni 2025 neu erstellt oder umgebaut?
4. Wie sieht der aktuelle Umsetzungsstand bei den Massnahmen 3 und 4 (Ladeinfrastruktur Stadtverwaltung sowie LSZ) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert?
5. Wie sieht der Umsetzungsstand bei der Massnahme 10 (Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert? Welche öffentlich zugänglichen Ladestellen auf öffentlichem Grund wurden seit Juni 2025 erstellt? Gibt es Strassenbauprojekte, in denen Ladestationen eingeplant wurden? Wenn nein, warum nicht? Welche Auswirkungen hat dies auf den Absenkpfad bezüglich Netto-Null?
6. Wie sieht der Umsetzungsstand bezüglich der Massnahme 12 (Kooperation und Innovation mit Forschung, Städten und Wirtschaft) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert?
7. Wie sieht der Umsetzungsstand bezüglich der Massnahme 13 (Lobbying bei Kanton und Bund) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert? Welche Aktivitäten in diesem Bereich fanden seit Juni 2025 statt?
8. Wie sieht der Umsetzungsstand bezüglich der mittelfristigen Massnahmen (Initiative E-Mobilität fürs Gewerbe, Beratung und Aufbau privater Ladeinfrastruktur in der PPV) aus? Was wurde unternommen? Gilt das Ziel noch unverändert? Wann soll dem Gemeinderat die revidierte PPV unterbreitet werden?

Mitteilung an den Stadtrat

253. 2026/308

Interpellation von Jane Bailey (SVP), Yves Peier (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 17.06.2026:

Messeranschläge in Zürich und Winterthur, Erkenntnisse zur Bedrohungslage durch islamistischen Extremismus, Salafismus und jihadistische Radikalisierung, konkrete Präventionsprogramme, islamische Einrichtungen und deren Finanzierung, Anzahl antisemitisch motivierte Straftaten und Vorfälle, ausreichende Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen, Massnahmen im digitalen Bereich sowie Vorgehen bei Verdachtsfällen von islamistischer Radikalisierung an Schulen

Von Jane Bailey (SVP), Yves Peier (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 17. Juni 2026 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der islamistisch motivierte Messerangriff vom 28. Mai 2026 in Winterthur, bei dem der Täter «Allahu Akbar» rief und mehrere Personen verletzte, sowie der antisemitisch motivierte Messeranschlag auf einen orthodoxen Juden in Zürich vom 2. März 2024 zeigen die Dringlichkeit einer klaren Bestandsaufnahme.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Stadtrat zur aktuellen Bedrohungslage durch islamistischen Extremismus, Salafismus und jihadistische Radikalisierung in der Stadt Zürich vor?
2. Verfügt die Stadt Zürich über eigene Erhebungen oder Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen, islamistischen oder salafistischen Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Zürich? Falls ja: welche zentralen Ergebnisse liegen vor?
3. Wie viele Fälle mutmasslicher islamistischer Radikalisierung wurden in den letzten Jahren an Zürcher Schulen, Jugendeinrichtungen oder in städtischen Programmen festgestellt? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
4. Wie viele Personen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich wurden in den letzten zehn Jahren wegen islamistischer Aktivitäten, Unterstützung terroristischer Organisationen oder entsprechender Propagandadelikte polizeilich registriert oder strafrechtlich verfolgt? Wir bitten um tabellarische Aufstellung.

5. Welche konkreten Präventionsprogramme gegen islamistische Radikalisierung finanziert oder unterstützt die Stadt Zürich? Wie hoch sind die jährlichen Kosten, wie wird die Wirksamkeit evaluiert und gibt es unabhängige Evaluationen? Falls nicht: wieso nicht?
6. Sieht der Stadtrat einen Zusammenhang zwischen islamistischer Radikalisierung, Parallelgesellschaften und zunehmender Gewaltbereitschaft (zum Beispiel Messerangriffe) in Teilen der urbanen Jugend? Falls ja: welchen? Falls nein: weshalb nicht?
7. Wie viele Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs existieren derzeit auf dem Gebiet der Stadt Zürich? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
8. Welche Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs erhalten direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung durch die Stadt Zürich, den Kanton oder öffentlich finanzierte Programme? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
9. Gibt es Erkenntnisse der Stadt über ausländische Finanzierung solcher Einrichtungen (Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs) insbesondere aus der Türkei, Katar, Saudi-Arabien oder anderen Golfstaaten? Falls ja: in welchem Umfang und welche Herkunft? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
10. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Zürich, bei Hinweisen auf extremistische, gewaltverherrlichende oder demokratiefeindliche Inhalte in Predigten oder Veranstaltungen in Moscheen und islamischen Zentren Kenntnis zu erlangen und zu handeln?
11. In wie vielen Fällen wurden in den letzten zehn Jahren in solchen Einrichtungen Inhalte festgestellt, welche mit der schweizerischen Rechtsordnung, Gleichberechtigung oder Meinungsfreiheit unvereinbar sind? Welche Massnahmen wurden dagegen jeweils ergriffen?
12. Wie beurteilt der Stadtrat die Bedrohungslage für die jüdische Gemeinschaft in Zürich vor dem Hintergrund des antisemitischen Messeranschlags vom März 2024 und weiteren Vorfällen?
13. Wie viele antisemitisch motivierte Straftaten und Vorfälle wurden in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Stadt Zürich registriert? Wie viele davon standen im Zusammenhang mit islamistischem Extremismus? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
14. Welche zusätzlichen Schutzmassnahmen wurden seit dem März 2024 für Synagogen, jüdische Schulen und weitere jüdische Einrichtungen getroffen? Welche jährlichen Kosten entstehen der öffentlichen Hand dafür?
15. Wie stellen die zuständigen Behörden sicher, dass in Moscheen, islamischen Kulturvereinen oder anderen islamischen Einrichtungen keine islamistisch-extremistischen oder gewaltverherrlichenden Inhalte vermittelt werden?
16. Verfügen Lehrpersonen in der Stadt Zürich über ausreichende Aus- und Weiterbildungsangebote, um Anzeichen von islamistischer Radikalisierung bei Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen? Falls ja: welche konkreten Schulungen, Leitfäden oder Unterstützungsangebote stehen ihnen zur Verfügung? Falls nein: warum nicht, welche Defizite bestehen derzeit und welche Massnahmen sind geplant, um diese zu beheben?
17. Welche Massnahmen ergreifen die Behörden, um zu verhindern, dass Jugendliche über soziale Medien, Online-Plattformen oder Messenger-Dienste mit islamistisch-extremistischen Inhalten, islamistischen Hasspredigern oder radikalisierenden islamistischen Influencern in Kontakt kommen?
18. Wie wird die Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern und Plattformbetreibern bei der Prävention von islamistischer Radikalisierung über soziale Medien und Messenger-Dienste gestaltet?
19. Welche Instrumente und rechtlichen Möglichkeiten stehen den Behörden (Stadt, Kanton, NDB) zur Verfügung, um Personen mit mutmasslich islamistischem Extremismus zu beobachten, zu überwachen oder präventiv zu bekämpfen?
20. Welche konkreten Verfahren und Meldepflichten gelten für Schulen bei Verdachtsfällen von islamistischer Radikalisierung?
21. Welche Konsequenzen können für Lehrpersonen, Schulleitungen oder andere städtische Stellen entstehen, wenn Hinweise auf eine mögliche islamistische Radikalisierung nicht oder erst verspätet an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden?
22. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Sozialdiensten, Stadt- und Kantonspolizei und weiteren Sicherheitsbehörden bei der Erkennung und Prävention von islamistischer Radikalisierung geregelt? Welche Erfolge und welche strukturellen Herausforderungen gab es dabei in den letzten zehn Jahren?

Mitteilung an den Stadtrat

254. 2026/309**Interpellation von Jane Bailey (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 17.06.2026:****Politische Agitation durch das «sogar theater», Abgrenzung der künstlerischen Freiheit von politischer Einflussnahme, Höhe der gesamten Beiträge für die Produktion «Suchst Du noch oder wohnst du schon?», Einschätzung der zeitlichen Nähe zu den Wohnabstimmungen und Beurteilung der öffentlichen Beiträge im Verhältnis zur tatsächlichen Publikumsreichweite sowie Zurückhaltung von Kulturinstitutionen im Vorfeld von Volksabstimmungen**

Von Jane Bailey (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 17. Juni 2026 folgende Interpellation eingereicht worden:

Das sogar theater im Zürcher Kreis 5 wird seit Jahren grosszügig mit öffentlichen Geldern alimentiert. Allein für die aktuellen Beitragsperioden erhält das Haus feste jährliche Subventionen in der Höhe von insgesamt CHF 456'700 – aufgeteilt in CHF 356'700 aus der städtischen Konzeptförderung und CHF 100'000 vom Kanton Zürich. Staatliche Kulturförderung ist an den gesetzlichen Auftrag gebunden, das freie Kunst- und Literaturschaffen zu ermöglichen und zu bereichern. Sie darf jedoch kein Freipass dafür sein, dass ein privat geführtes Kleintheater mit Steuergeldern einseitige, ideologisch gefärbte Politpropaganda betreibt und den Kulturbetrieb als parteipolitisches Podium missbraucht. Wenn die Grenzen zwischen Kunstfreiheit und politischer Agitation verschwimmen, steht die Rechtfertigung einer solch massiven öffentlichen Finanzierung fundamental infrage.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie grenzt der Stadtrat künstlerische Freiheit von indirekter politischer Einflussnahme beziehungsweise verdecktem Abstimmungskampf ab, wenn ein erheblich öffentlich subventioniertes Theater kurz vor den Wohnabstimmungen vom 14. Juni 2026 ein klar wohnpolitisch aufgeladenes und politisch tendenziöses Stück aufführt?
2. Hält der Stadtrat es für angemessen, dass jährlich nahezu CHF 457'000 an öffentlichen Geldern an ein Theater fliessen, dessen Produktionen inhaltlich weitgehend mit den Narrativen linker Wohninitiativen, wohnpolitischer Kampagnen und Umverteilungsforderungen übereinstimmen?
3. Wie hoch waren die gesamten direkten und indirekten öffentlichen Beiträge für die Produktion «Suchst Du noch oder wohnst du schon?», insbesondere:
 - Betriebssubventionen
 - Projektförderungen
 - Infrastrukturleistungen
 - vergünstigte Raumnutzung
 - Kommunikationsleistungen
 - personelle Unterstützung
 - sonstige finanzielle oder sachliche Leistungen von Stadt oder Kanton?
4. Wurde im Rahmen der Förderentscheide geprüft, ob diese Produktion den Eindruck eines indirekten oder verdeckten Abstimmungskampfes erwecken könnte?
5. Hat der Stadtrat Kenntnis darüber, ob bei der Entwicklung, Bewerbung oder Durchführung des Stücks Vertreter politischer Parteien, wohnpolitischer Aktivist*innen, Verbände oder NGOs direkt oder indirekt beteiligt waren? Falls ja, welche?
6. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die zeitliche Nähe der Produktion zu den Wohnabstimmungen vom 14. Juni 2026 zumindest den Anschein einer politischen Kampagne beziehungsweise einer ideologischen Mobilisierung erzeugen kann?
7. Wäre nach Einschätzung des Stadtrats auch ein gleichermassen scharf bürgerlich-liberal, eigentums-politisch oder migrationskritisch positioniertes Stück mit vergleichbarer politischer Zuspitzung im selben Umfang förderwürdig?
8. Wie erklärt sich der Stadtrat den Umstand, dass öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen gesellschafts-politisch fast ausschliesslich Positionen vertreten, die dem links-grünen politischen Spektrum nahe stehen?
9. Welche konkreten Mechanismen bestehen heute, um sicherzustellen, dass Kulturfördergelder nicht faktisch zur einseitigen ideologischen Meinungsbildung oder politischen Mobilisierung eingesetzt werden?

10. Hält der Stadtrat Aussagen wie:
„Warum haben Sie denn nichts gekauft? Warum haben Sie denn nichts gespart? Warum haben Sie denn nichts geerbt?“ für politisch neutrale Kulturarbeit oder für bewusst emotionalisierende Klassenkampf-Rhetorik?
11. Wie hoch war die durchschnittliche Auslastung vergleichbarer Produktionen des «sogar» Theaters in den vergangenen Jahren?
12. Wie rechtfertigt der Stadtrat die Höhe der öffentlichen Beiträge an das «sogar» Theater im Verhältnis zur tatsächlichen Publikumsreichweite und Eigenfinanzierung?
13. Ist dem Stadtrat bewusst, dass bei grossen Teilen der Bevölkerung zunehmend der Eindruck entsteht, staatlich finanzierte Kulturinstitutionen würden sich zu ideologischen Vorfelddorganisationen linker Politik entwickeln?
14. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen insbesondere im Vorfeld laufender Volksabstimmungen besondere politische Zurückhaltung wahren sollten, um das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Neutralität staatlich unterstützter Institutionen nicht zu gefährden?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, die fünf Postulate und die drei Interpellationen werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

255. 2026/310

Schriftliche Anfrage von Nina Eggenschwiler (SP), Camille Roseau (SP) und Daria Perez Sanchez-Di Concilio (SP) vom 17.06.2026: Geschlechtsspezifische Gewalt, Anzahl Fälle von Gewalt gegenüber FINTA- und LGBTIQ-Personen in der Stadt, Beurteilung der nationalen Kampagne, Anpassung der aktuellen Sensibilisierungskampagnen und des Internetauftritts mit Verweis auf die Kampagne und die neue Opferhilfe-Nummer 142 sowie periodische Erfassung und Analyse der eingehenden Anrufe

Von Nina Eggenschwiler (SP), Camille Roseau (SP) und Daria Perez Sanchez-Di Concilio (SP) ist am 17. Juni 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Vor wenigen Tagen wurde in der Schweiz bereits der zwölfte Femizid des Jahres 2026 verübt. Diese Tötungsdelikte stellen die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt dar und verdeutlichen die Dringlichkeit wirksamer Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen.

Seit dem 1. Mai 2026 ist die Opferhilfe schweizweit über die nationale Telefonnummer 142 erreichbar. Die kostenlose Hotline bietet Betroffenen von Gewalt sowie deren Angehörigen rund um die Uhr niederschwellige, vertrauliche Beratung und Unterstützung. Geschulte Fachpersonen informieren über Handlungsmöglichkeiten und vermitteln bei Bedarf an zuständige Fachstellen. Gemäss Medienberichten wird das Angebot stark genutzt, insbesondere von Finta- und queeren Personen.

Parallel dazu führt der Bund eine nationale Kampagne gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt durch. Die Kampagne sensibilisiert für diverse Formen von Gewalt wie Herabsetzung, Kontrolle, Isolation oder Machtmissbrauch, ermutigt Betroffene und ihr Umfeld, über Gewalt zu sprechen, und macht auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam.

Angesichts der in der ganzen Schweiz anhaltend hohen Zahl von Gewaltdelikten, häuslicher Gewalt und Femiziden stellt sich die Frage, wie die Stadt Zürich diesem Problem begegnet.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Anzeigen bzw. polizeilich registrierte Fälle von Gewalt werden gegenüber FINTA- und LGBTIQ-Personen in der Stadt Zürich jährlich erfasst? Spezifisch in den Bereichen häusliche und partnerschaftliche Gewalt, allgemein körperliche Gewalt, sexualisierte Gewalt sowie weitere geschlechtsspezifische Gewaltformen?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die nationale Kampagne gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt?

3. Welche Massnahmen wurden und werden in Zürich getroffen, um die nationale Kampagne und die neue Opferhilfe-Nummer 142 bekannt zu machen und deren Botschaften zu verbreiten? Wie nutzt der Stadtrat Angebote des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung EBG, um die Kampagne bekannt zu machen?
4. Wie werden sämtliche aktuellen Sensibilisierungskampagnen in der Öffentlichkeit sowie im Internet-auftritt (Webseite, Social Media, etc.) der Stadt Zürich angepasst an die Neuerungen, beziehungsweise mit der Nummer 142 ergänzt?
5. An welchen öffentlichen Orten plant die Stadt, die Nummer zusätzlich bekannt zu machen werden, zum Beispiel an Schulen, Spitälern, in Badeanstalten und Ähnlichen (analog Kampagne «Zürich schaut hin»)?
6. Sind Kampagnen in den sozialen Medien wie zum Beispiel dem Insta-Account der Stadt Zürich geplant, und wenn ja mit welchem Zeithorizont?
7. Plant die Stadt Zürich, periodisch die Zahlen der eingegangenen Anrufe auf die Nummer 142 zu erfassen und zu analysieren? Falls nein, weshalb nicht, und falls ja, in welchem Rahmen und nach welchen Kriterien?

Mitteilung an den Stadtrat

256. 2026/311

Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP), Oliver Heimgartner und Florian Utz (SP) vom 17.06.2026:

Ablehnung der kantonalen Wohnschutz-Initiative, wohnpolitische Konsequenzen aus dem Abstimmungsresultat, rechtliche Möglichkeiten zur Eindämmung von Leerkündigungen, Förderung des preisgünstigen Wohnraums und Einforderung von weitergehenden Anforderungen zum Schutz der Mietenden sowie Massnahmen für mehr Liegenschaftskäufe

Von Anjushka Früh (SP), Oliver Heimgartner und Florian Utz (SP) ist am 17. Juni 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. Juni 2026 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die kantonale Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» abgelehnt. Die Ablehnung der Wohnschutz-Initiative ändert allerdings nichts daran, dass Leerkündigungen und Verdrängung insbesondere in der Stadt Zürich ein gravierendes wohnpolitisches Problem bleiben – nicht umsonst haben in der Stadt Zürich denn auch über 58 % der Stimmbevölkerung der Initiative zugestimmt und damit Massnahmen zum Schutz vor Leerkündigungen und Verdrängung gefordert. Dementsprechend stellt sich die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten die Stadt nun ausschöpfen wird, um die betroffenen Mieter:innen zu schützen und den Verlust bezahlbarer Wohnungen zu bremsen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche wohnpolitischen Konsequenzen zieht der Stadtrat aus dem Abstimmungsresultat für die Stadt Zürich?
2. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen auf kommunaler Ebene, um Leerkündigungen, insbesondere im Zusammenhang mit umfassenden Sanierungen und Ersatzneubauten, einzudämmen oder deren Folgen abzufedern?
3. In welchem Zeitraum wird der Stadtrat prüfen, ob und welche wohnpolitischen Vorlagen oder Regulierungen notwendig sind, um die negativen Folgen von Leerkündigungen zu begrenzen? Welche Handlungsfelder stehen dabei im Vordergrund?
4. Inwiefern können die städtischen Bewilligungs- und Planungsinstrumente genutzt werden, um den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum stärker zu fördern? Wie plant der Stadtrat, diese Instrumente konkret zu nutzen?
5. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, bei Arealentwicklungen, Gestaltungsplänen oder Umzonungen usw. weitergehende Anforderungen bezüglich Mieter:innenschutz, Ersatzwohnraum und/oder sozialverträglicher Sanierungen zu stellen?
6. Welche Unterstützungsmöglichkeiten bietet die Stadt heute von Leerkündigungen betroffenen Haushalten an, und erachtet der Stadtrat diese als ausreichend?

7. Ist der Stadtrat bereit, die in der Motion 2025/185 geforderte Prüfungs- und Informationsstelle für Mietzinse bis Ende Jahr 2026 umzusetzen und mit breiten Kompetenzen auszustatten, damit immerhin überhöhte Anfangsmietzinse systematisch angefochten werden können? Wenn nein, weshalb nicht?
8. Das stärkste Mittel, das die Stadt zur Verfügung hat, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern, ist der Kauf von Liegenschaften. Doch bisher wurde 2026 erst in sehr geringem Umfang Liegenschaften gekauft. Nachdem das Budget für Liegenschaftskäufe bereits im Jahr 2025 nicht einmal zur Hälfte ausgeschöpft wurde, droht ohne Kurskorrektur 2026 eine weitere starke Kürzung der Liegenschaftskäufe. Welche Massnahmen plant der Stadtrat, um die rund 800 Millionen Franken Rückstand im 2. Halbjahr 2026 aufzuholen (vergl. Postulat 2025/570)?
9. Wie erklärt der Stadtrat der Stimmbevölkerung, dass seit der deutlichen Annahme des Auftrags zum Liegenschafts Kauf in der Gemeindeordnung (Art. 18a Abs. 2 GO) das Volumen der Liegenschaftskäufe im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen ist?

Mitteilung an den Stadtrat

257. 2026/312

Schriftliche Anfrage von Roger Meier (FDP), Marita Verballi (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 17.06.2026:

Entwicklung der Gewaltdelikte mit Schneid- und Stichwaffen, Anzahl Delikte mit Messern in den letzten zehn Jahren, verletzte oder getötete Personen, Angaben zur mutmasslichen Täterschaft, Umfeld und Orte mit besonders häufigen Fällen, Massnahmen gegen das Mitführen von Messern und Erkenntnisse sowie Schwerpunktaktionen und polizeiliche Massnahmen zur Sicherstellung dieser Waffen

Von Roger Meier (FDP), Marita Verballi (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) ist am 17. Juni 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit 2019 hat sich die Zahl der Gewaltdelikte mit Schneid- und Stichwaffen im Kanton Zürich mehr als verdoppelt. Auch in der Stadt Zürich kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu schweren Vorfällen mit Stichverletzungen durch Messer. Gemäss der aktuellen Kriminalstatistik des Kantons Zürich sind junge Männer und Jugendliche sowohl als Täter als auch Opfer überdurchschnittlich häufig in solche Delikte involviert. Es stellt sich daher die Frage, wie sich Gewaltdelikte unter Verwendung von Messern in der Stadt Zürich entwickelt haben, wo besondere Risiken bestehen und wie wirksam die bisherigen Massnahmen sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der Delikte, bei denen Messer eingesetzt wurden, in der Stadt Zürich in den letzten zehn Jahren entwickelt? Bitte jährlich ausweisen.
2. Wie viele Personen wurden in den letzten zehn Jahren in der Stadt Zürich durch Messer verletzt oder getötet? Bitte jährlich ausweisen.
3. Wie verteilen sich die mutmasslichen Täterinnen und Täter von Messerdelikten nach Geschlecht, Altersgruppen und Nationalität beziehungsweise Aufenthaltsstatus? Bitte für die letzten fünf Jahre ausweisen.
4. Wie verteilen sich die Opfer von Messerdelikten nach Geschlecht, Altersgruppen und Nationalität beziehungsweise Aufenthaltsstatus? Bitte für die letzten fünf Jahre ausweisen.
5. An welchen Orten, in welchen Quartieren oder in welchem Umfeld (z.B. Bahnhöfe, Ausgehzone, öffentliche Plätze, Grossveranstaltungen oder Sportveranstaltungen) kommt es besonders häufig zu Delikten unter Verwendung von Messern?
6. Zu welchen Tageszeiten und Wochentagen ereignen sich solche Delikte besonders häufig?
7. In welchem Verhältnis stehen Delikte mit legalen Messern zu Delikten mit verbotenen Messern oder anderen verbotenen Waffen?
8. Welche Erkenntnisse liegen dem Stadtrat über die Gründe des Mitführens von Messern vor?
9. Welche spezifischen Massnahmen hat die Stadtpolizei Zürich in den letzten fünf Jahren zur Bekämpfung von Gewaltdelikten unter Verwendung von Messern ergriffen?
10. Welche Massnahmen gibt es zur Reduktion des Mitführens von Messern im öffentlichen Raum?
11. Welche Erkenntnisse liegen über die Wirksamkeit dieser Massnahmen vor?

12. Wurden in den letzten fünf Jahren Schwerpunktaktionen, Kontrollen oder andere polizeiliche Massnahmen zur Sicherstellung von Messern durchgeführt? Falls ja, mit welchen Ergebnissen?
13. Wie beurteilt der Stadtrat die Entwicklung der Gewaltdelikten unter Verwendung von Messern in der Stadt Zürich im Vergleich zu anderen Schweizer Städten?

Mitteilung an den Stadtrat

258. 2026/313

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 17.06.2026: Bewirtschaftung des Abstimmungsbriefkastens beim Stadthaus, Einschätzung zur Problematik der Überfüllung und Sicherheit der abgegebenen Stimmcouverts, Vorkehrungen am 14. Juni 2026 und mögliche Anpassungen bei der Infrastruktur

Von Stephan Iten (SVP) und Yves Peier (SVP) ist am 17. Juni 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. Juni 2026 wurde in der Stadt Zürich über 20 Abstimmungsvorlagen an der Urne abgestimmt. Es handelte sich um zwei eidgenössische, fünf kantonale und 13 städtische Abstimmungsvorlagen. Unter den beiden eidgenössischen Vorlagen kam die Volksinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» an die Urne. Die Vorlage gehört zu den politisch umstrittensten Abstimmungen der letzten Jahre. Es durfte vor dem Abstimmungssonntag davon ausgegangen werden, dass es zu einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung kommen wird.

Am Samstag, 13. Juni 2026, um 18.15 Uhr trug sich Folgendes zu: Eine Stimmbürgerin wollte ihr ausgefülltes Stimmcouvert in den Briefkasten beim Stadthaus werfen. Sie stellte dabei fest, dass ihre abgegebenen Stimmen nicht sicher waren. Ihrer Beobachtung nach wäre es zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen, rund 20 Stimmcouverts aus dem überfüllten Briefkasten zu entwenden. Da sie unsicher war, wendete sie sich per Mobiltelefon an ein Mitglied der SVP Stadt Zürich. Das SVP-Mitglied rief die Stadtpolizei an und bat die Stimmbürgerin gleichzeitig, beim Briefkasten zu bleiben. Die Stadtpolizei ihrerseits rief die Sicherheitsloge im Stadthaus an. Das sei das Einzige, was die Stadtpolizei tun könne, sagte die Polizistin am Telefon. Die Stadtpolizistin wiederum informierte das SVP-Mitglied mittels telefonischen Rückrufes, dass bei der Sicherheitsloge niemand das Telefon entgegengenommen habe. Es schien, als könne nichts getan werden um die Stimmcouverts vor einem möglichen Diebstahl zu sichern.

Danach informierte die Stimmbürgerin das SVP-Mitglied wiederum per Telefon, dass der Briefkasten im Stadthaus geleert worden sei. Die Stimmbürgerin stellte entsetzt fest, dass die Stimmcouverts für die Dauer von rund einer halben Stunde lang hätten entwendet werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Stimmcouverts im Briefkasten des Stadthauses jederzeit sicher sein sollen vor einer möglichen Entwendung?
2. Ist sich der Stadtrat der Problematik bewusst, dass der Briefkasten beim Stadthaus bei akuter Überfüllung die Stimmcouverts nicht sicher verwahrt?
3. Hat der Stadtrat am 14. Juni 2026 mit einer überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung gerechnet? Falls ja, welches waren die Vorkehrungen, die er getroffen hat, um das erhöhte Volumen abgegebener Stimmcouverts zu bewältigen? Bitte führen Sie insbesondere aus, welches die Massnahmen zur Sicherheit der Stimmcouverts im Briefkasten des Stadthaues waren, die angeordnet wurden.
4. Sieht der Stadtrat infolge des beschriebenen Vorfalles die Notwendigkeit, auf ein System oder einen Briefkasten zu wechseln, welcher nicht erlaubt, einmal Eingeworfenes wieder rausholen zu können? Zum Beispiel mit einem System ähnlich bei Bibliotheken mit «Rückgabeautomaten»? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

259. 2026/314

Schriftliche Anfrage von Markus Merki (GLP), Christine Huber (GLP) und Frank-Elmar Linxweiler (GLP) vom 17.06.2026:

Visuelle Partikelfilterkontrollen an dieselbetriebenen Baumaschinen und Geräten, Anzahl eingehender Belege, Massnahmen bei ausstehenden Prüfprotokollen, Mehrwert und Auswertung der Protokolle und Vorgehen bei einer ausbleibenden Kontrolle sowie Aufwand für den Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ)

Von Markus Merki (GLP), Christine Huber (GLP) und Frank-Elmar Linxweiler (GLP) ist am 17. Juni 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Ende 2020 müssen Bauleitungen von städtischen Strassenbauprojekten an diesel-betriebenen Baumaschinen und Geräte monatliche, visuelle Partikelfilterkontrollen vornehmen und das «Prüfprotokoll Baurichtlinie Luft» ans UGZ einreichen (vgl. STRB Nr. 781 vom 02.09.2020). Auf den Protokollen sind – nebst der betroffenen Baufirma sowie dem städtischen Bauprojekt – die Maschinen inkl. Inventarnummern anzugeben. D.h. das UGZ hat Kenntnisse, über jede seit Ende 2020 eingesetzte Baumaschine auf städtischem Gebiet.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist die Anzahl eingehender Belege von Partikelfilterkontrollen pro Monat?
2. Deckt sich die Anzahl eingehender Belege mit der Anzahl jeweils aktiv laufenden Baustellen? Falls nein, was könnten die Gründe sein und welche Massnahmen unternimmt das UGZ in Fällen von ausstehenden Prüfprotokollen? Welche Eskalationsstufen werden ergriffen?
3. Welchen Mehrwert erkennt der Stadtrat in der detaillierten Protokollierung über jede eingesetzte, dieselbetriebene Baumaschine, bzw. Gerät?
4. Wie werden die Protokolle ausgewertet und welche Statistiken werden zu den aufgeführten Baumaschinen und Gerätschaften geführt? Werden allfällige Resultate und Auswertungen publiziert?
5. Welche Massnahmen ergreift das UGZ, sollten dieselben Baumaschinen und Geräte wiederholt die visuelle Partikelfilterkontrollen nicht erfüllen?
6. Wie hoch ist der jährliche personelle und finanzielle Aufwand auf Seiten UGZ die Protokolle auszuwerten und weiter zu verarbeiten?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s n a h m e n

260. 2026/198

Wahl eines Mitglieds in die SK HBD/SE nach dem Rücktritt von Loïc Hurni (Die Mitte) für den Rest der Amtsdauer 2026–2028

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 15. Juni 2026):

Wolfgang Kweitel (Die Mitte)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

261. 2026/217

Dringliche Schriftliche Anfrage von Mischa Schiwow (AL), Nadina Diday (SP), Simone Widmer (Grüne) und 49 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2026: Bevorstehende Kündigungen der Mietverhältnisse in den Siedlungen Carl-Spitteler-Strasse in Witikon und Im Walder / Niederhofenrain in Riesbach durch Immobilienfonds der UBS aufgrund der Erstellung von Ersatzneubauten, Teilnahme der Stadt an Gesprächen mit der Eigentümerschaft und Einflussnahme auf die geplanten Bauprojekte sowie Beteiligung der Stadt am Studienauftrag für die Siedlung Im Walder / Niederhofenrain, Ersatzangebote für die Mietenden und mögliche Massnahmen der Stadt zu deren Verbleib in den betroffenen Quartieren, Prüfung der CO2-Bilanz, der Sozial- und Quartierverträglichkeit der geplanten Ersatzneubauten sowie Planungsvorgaben und -grundlagen für die beiden Projekte

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1988 vom 10. Juni 2026).

262. 2026/92

Schriftliche Anfrage von Tanja Maag (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 25.02.2026: Baugesuch für den Umbau und die Umnutzung von Wohnungen zu Business Apartments an der Birmensdorferstrasse 543, Hintergründe zum Gesuch im Jahr 2022, Beurteilung des Betriebskonzepts auf der Grundlage der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) 2021 und Haltung zur einer negativen Vorwirkung nach § 234 Planungs- und Baugesetz (PBG) für die BZO-Revision sowie Ablauf des Bestandsschutzes nach Rechtskraft der Revision

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1829 vom 27. Mai 2026).

263. 2026/106

Schriftliche Anfrage von Sibylle Kauer (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 04.03.2026: Schutzverordnung Wehrenbachtobel, Renaturierung der Riedflächen und Feucht-/ Nasswälder in Zusammenarbeit mit Zollikon, Gespräche mit der Gemeinde und der kantonalen Baudirektion sowie Intervention betreffend Deponiestandort im Gebiet Brunnenwisen mit dem Riedbach

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1863 vom 3. Juni 2026).

264. 2026/107

Schriftliche Anfrage von Reto Brüesch (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 04.03.2026: Absichtserklärung der Städte Zürich und Schlieren zur kooperativen Planung und Entwicklung des Industrie- und Gewerbeareals Schlieren-Nordost, Zielsetzungen, Bindungswirkungen für die Stadt, Timing mit der Veröffentlichung der neuen Bau- und Zonenordnung (BZO) und den Wahlen, Berücksichtigung der Handwerksbetriebe und Kleinunternehmen, institutionelle Rollen des Hochbauvorstehers und der Stadtpräsidentin sowie künftige Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1861 vom 3. Juni 2026).

- 265. 2025/354**
Weisung vom 27.08.2025:
Finanzverwaltung, Stadtkanzlei, Verordnung über städtische Beteiligungen (VSB), Neuerlass, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Teilrevision, Abschreibung Motion
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. April 2026 ist am 8. Juni 2026 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Juni 2026.
- 266. 2025/453**
Weisung vom 01.10.2025:
Wasserversorgung, drei Wohnliegenschaften im Hardhof, Zürich-Altstetten, Veräusserung und Einnahmenverzicht
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. April 2026 ist am 8. Juni 2026 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Juni 2026.
- 267. 2025/541**
Weisung vom 19.11.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Schaffhauserstrasse 550, Instandsetzung Dächer, Dachbegrünungen, Investition ins Finanzvermögen
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. April 2026 ist am 8. Juni 2026 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Juni 2026.
- 268. 2025/613**
Weisung vom 17.12.2025:
Elektrizitätswerk, Tarif EEA Rücklieferung aus Energieerzeugungsanlagen an das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Totalrevision; Verordnung über gemeinschaftliche Leistungen im Rahmen der klima- und energiepolitischen Ziele, Teilrevision; Abschreibung einer Motion
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. April 2026 ist am 8. Juni 2026 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Juni 2026.

- 269. 2026/60**
Weisung vom 04.02.2026:
Elektrizitätswerk, Liegenschaften Schwamendingenstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Tramstrasse 10 (Quartier Oerlikon), Gämsenstrasse 2 (Quartier Unterstrass), befristete Verlängerung der Mietausgaben
- Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. April 2026 ist am 8. Juni 2026 ungenutzt abgelaufen.
- Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Juni 2026.
- 270. 2022/358**
Weisung vom 14.07.2022:
Finanzdepartement, Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG), Neuerlass
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Neuerlass der Verordnung über die Umsetzung von § 49 b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49 b PBG)
- 75 717 Ja 56 801 Nein
- 271. 2023/455**
Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Festlegung der Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)
- 70 169 Ja 63 004 Nein
- 272. 2025/176**
Weisung vom 07.05.2025:
Elektrizitätswerk, Thermische Netze, neuer Rahmenkredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Rahmenkredit von 2,26 Milliarden Franken für thermische Netze
- 110 841 Ja 26 513 Nein

- 273. 2025/226**
Weisung vom 11.06.2025:
Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Höckler, neue einmalige Ausgaben
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Neubau Schulanlage Höckler, Ausgaben von 141 Millionen Franken
- 75 458 Ja 60 147 Nein
- 274. 2025/277**
Weisung vom 02.07.2025:
Entsorgung + Recycling Zürich, Logistik, Recyclingzentrum Juch-Areal, Neubau, neue einmalige Ausgaben
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Neubau Recyclingzentrum Juch-Areal, Ausgaben von insgesamt 33,1 Millionen Franken
- 121 480 Ja 18 409 Nein
- 275. 2025/330**
Weisung vom 20.08.2025:
Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA», Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA»
- 57 894 Ja 84 185 Nein
- 276. 2025/368**
Weisung vom 03.09.2025:
Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau Schulanlage Utogrund und Instandsetzung Sportanlage Utogrund, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats
- Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:
- Ersatzneubau Schulanlage Utogrund und Instandsetzung Sportanlage Utogrund, Ausgaben von 138 Millionen Franken
- 108 247 Ja 29 973 Nein

277. 2025/392**Weisung vom 10.09.2025:****Finanzdepartement, unverzinsliche Darlehen an gemeinnützige Wohnbauträgerschaften zur Schaffung und zum Erhalt von Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung (Jugendwohnkredit 2025), Rahmenkredit; Verordnung, Neuerlass**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Rahmenkredit von 40 Millionen Franken für den Jugendwohnkredit

111 658 Ja 28 534 Nein

278. 2025/409**Weisung vom 17.09.2025:****Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende»

39 243 Ja 102 226 Nein

279. 2025/443**Weisung vom 01.10.2025:****Verkehrsbetriebe und Tiefbauamt, Tram Affoltern, Aufwertungsmassnahmen und kommunale Werkerergänzungen im Projektperimeter, neue einmalige Netto-Ausgaben**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Tram Affoltern, Ausgaben von rund 159,1 Millionen Franken

93 439 Ja 43 936 Nein

280. 2025/470**Weisung vom 22.10.2025:****Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei, Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Verlängerung der Zwischennutzung des Areals Zentralwäscherei, Ausgaben von rund 7,98 Millionen Franken

97 933 Ja 40 239 Nein

281. 2025/471
Weisung vom 22.10.2025:
Tiefbauamt, Städtischer Seebecken, Ökologische Ersatzmassnahmen, Rahmenkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Rahmenkredit von 69 Millionen Franken für ökologische Ersatzmassnahmen im Städtischer Seebecken

91 406 Ja 47 434 Nein

282. 2025/552
Weisung vom 21.11.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, Heidi-Abel-Weg, Abgabe im Baurecht, Widmung, neue einmalige Ausgaben

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14.06.2026 über folgende Vorlage entschieden:

Übertrag des städtischen Grundstücks am Heidi-Abel-Weg vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von rund 20,96 Millionen Franken

115 919 Ja 13 678 Nein

Nächste Sitzung: 24. Juni 2026, 17.00 Uhr